

Stadtrat am 14.12.2021 - Redebeitrag zum Tagesordnungspunkt 29 (Haushalt)
IT-Stelle für Schulverwaltungsnetzwerke ohne Sperrvermerk

Der Presse konnte ich heute entnehmen, dass die CDU irritiert sei, dass die zuständige Dezernentin Annabelle Brandes die personelle Aufstockung im Haupt- und Finanzausschuss nicht mit detaillierten Fakten untermauert habe.

Dazu muss ich sagen, dass ich irritiert war über das, was in der HFA-Sitzung von Seiten der Politik geäußert wurde. Die Fraktion DIE LINKE. fühlte sich durch die Verwaltung bereits im Vorfeld der Sitzung gut informiert. Ich habe keine Ahnung, wie die anderen Fraktionen ihre Fraktionsarbeit organisieren und ausgestalten. Unser schulpolitischer Sprecher hat die Fraktion über die Vorbesprechung und die Sitzung des Schul- und Sportausschusses umfassend, verständlich und nachvollziehbar informiert. Sicher kam ihm dabei jahrzehntelange Erfahrung im EDV-Bereich zugute. Aber alle Fraktionsmitglieder haben die dargestellte Problematik erfasst und konnten die Auswirkungen nachvollziehen, die sich für die Schulverwaltungen aus nicht einwandfrei funktionierenden Verwaltungsnetzwerken ergeben.

Herr Linz hat in der letzten Woche moniert, dass der Antrag für die Stelle von „einer Fraktion“ kam und nicht von der Verwaltung. Nach den Äußerungen und Einlassungen, die von Teilnehmenden aus den Fraktionen der Grünen und der FDP in der Vorbesprechung zum Schul- und Sportausschuss gemacht wurden, hatten wir eigentlich einen entsprechenden Antrag von der Kooperation erwartet. Erst als der nicht kam, haben wir uns zur Antragstellung entschlossen – wohl wissend, dass einige grundsätzliche Probleme mit Anträgen unserer Fraktion haben.

Denn das Problem ist dringend. Eine tragfähige Lösung ist überfällig, um den Schulen in diesen für alle belastenden Zeiten die Arbeit nicht unnötig zusätzlich zu erschweren. Durch die Pandemie haben sich nicht nur die Anforderungen an die Pädagogik verändert, auch verwaltungsseitig sind neue Herausforderungen hinzugekommen. Dem muss die Politik Rechnung tragen und die Schulen durch bestmögliche Ausstattung unterstützen. Eine funktionstüchtige Infrastruktur ist dabei von zentraler Bedeutung und muss kurzfristig sichergestellt werden.

Die beantragte Stelle mit einem Sperrvermerk zu versehen und erst den Ausschuss für Gebäudeservice und Digitalisierung darüber beraten zu lassen, ist der Lage nicht angemessen. Selbst wenn wir die Stelle zum 01.01.2022 einrichten, werden Ausschreibung und Bewerbungsverfahren einige Zeit beanspruchen. Der Begriff Kurzfristigkeit ist somit ohnehin relativ. Das ganze Verfahren aber bis nach der Sitzung des Ausschusses für Gebäudeservice und Digitalisierung Mitte Mai ruhen zu lassen, lässt die Schulen unnötig lange mit ihren gravierenden Problemen alleine.

Barbara Wagner

Fraktionssprecherin